

1. Politische Entwicklungen

Die gesamte Zeit des 19. Jahrhunderts in Deutschland und Frankreich – wie übrigens mehr oder minder in weiten Teilen Europas – stand im Schatten der Französischen Revolution von 1789 und des Erbes von Napoleon. Die Revolution hatte, für alle sichtbar, die „Machbarkeit“ von Geschichte¹ in Szene gesetzt. Die alten Zeitvorstellungen einer im Wesentlichen göttlich geleiteten und durch religiöse Vorstellungen gerahmten Geschichte waren aufgebrochen. An ihre Stelle traten Zeitvorstellungen, die offen für eine Zukunft waren, die durch menschliches Handeln herbeigeführt werden sollte. Dieses Handeln müsste eigentlich vernunftgeleitet sein – das war die Option der Aufklärung –, aber konnte sich auch radikalen utopischen Zukunftsentwürfen unterordnen, die sich in Zwangsmaßnahmen zur Menschheitsbeglückung verwandelten. In welcher Form auch immer diese neue Sicht der Rolle des Menschen in der Geschichte konkrete Gestalt annahm, die dadurch eingeleiteten Konflikte durchzogen alle Gesellschaften in Europa. Insofern waren die politischen, sozialen und kulturellen Konsequenzen der Revolution omnipräsent. Sie äußerten sich auf vielfältige Weise in den Wandlungen der staatlichen und territorialen Ordnung, im Erziehungs- und Bildungssystem, im Verhältnis von Staat und Kirche, in der Literatur und den Künsten, in den Wissenschaften, im Leben der Vereine, Logen und Genossenschaften, der intellektuellen Geselligkeit und im Alltag der Bürger.

Frankreich war von diesen Auseinandersetzungen natürlich besonders betroffen, aber auch Deutschland in nahezu gleichem Maße. Die Auflösung des Alten Reichs und die von Napoleon durchgeführte radikale Neuordnung der Territorien sowie die in Preußen, Österreich und allen größeren deutschen Staaten vollzogenen Reformen bildeten dort die institutionelle Grundlage für die folgenden politischen und sozialen Entwicklungen². Daneben waren die Debatten um Verfassung, Parlament, politische Teilhabe der Bürger und die soziale Frage in ähnlicher Weise polarisiert wie in Frankreich. Zudem waren diese Konflikte relativ eng zwischen der deutschen und der französischen Szene vernetzt, sowohl durch Presse und öffentliche Meinung insgesamt als auch speziell durch Akteure wie Emigranten, Reisende und Publizisten. Es bestand ein Kommunikationszusammenhang zwischen beiden Räumen, in dem auch ökonomische Akteure wie Kaufleute und Bankiers, Buchhändler und Verleger eine Rolle spielten. All das öffnet den Blick auf die

1 KOSELLECK 1977 [167], S. 260–277; KOSELLECK 2014 [169], S. 9–31.

2 Vgl. hierzu STRUCK, GANTET 2008 [317], bes. S. 98–113.

transnationale Dimension der jeweiligen Vorgänge, die in der nationalgeschichtlichen Perspektive bislang nur unzureichend berücksichtigt wurde.

Kongress von Wien

Der Wiener Kongress war ein genuin europäisches Ereignis. In der Kongressakte legten sich die europäischen Mächte und die kleineren Staaten auf eine politische Ordnung fest, die zugleich die vorrevolutionären Verhältnisse so weit wie möglich wiederherstellen und die Konsequenzen aus der Erfahrung von Revolution und napoleonischer Modernisierung ziehen sollte. Ziel war eine Stabilisierung der Lage in Europa, die Vermeidung von Krieg und revolutionären Umwälzungen. In vielerlei Hinsicht knüpfte der Wiener Kongress an den sogenannten Westfälischen Frieden von 1648 an, der nach den Wirren des Dreißigjährigen Krieges einen vertraglich geregelten Gleichgewichtszustand in Europa herzustellen gesucht hatte³. Doch genauer besehen, weist das Ergebnis des Kongresses eine gewisse Janusköpfigkeit auf. Die Akteure waren von vornherein in das Spannungsverhältnis von Restauration und Revolution eingebunden und vermochten deshalb keine langfristige Stabilisierung zu garantieren. Angetreten unter dem Signum der Restauration, befanden sich die Kongressteilnehmer von Beginn an in einer Frontstellung zur Revolution, deren geistige und gesellschaftliche Erfahrungen sie indessen nicht ungeschehen machen konnten. Augustin Thierry urteilte ein paar Jahre später: „Doch 1814 erwachte mit einem Schlag die Französische Revolution“⁴. Er wollte auf das Paradox aufmerksam machen, dass das Ende der Ära Napoleons die historische Aktualität der Revolutionsproblematik neu belebt hatte. Den in Wien versammelten Politikern ging es darum, durch konzertierte Aktion staatenübergreifend die durch die Revolution ausgelöste und nach wie vor anhaltende politische Dynamik zu zähmen. Zugleich mussten sie mit einer Reihe von im Gefolge der Revolution geschaffenen Realitäten umgehen und sie in ihre Planungen einbeziehen, ja zuweilen auch, je nach Gebiet, auf ihnen aufbauen.

Territoriale Ordnung zwischen Restauration und Modernisierung

Das traf zuallererst auf die territoriale Neuordnung zu. Auf der europäischen Ebene waren einige größere Veränderungen zu verzeichnen: Russland erhielt einen Großteil Polens sowie Finnland und Bessarabien. Schweden erhielt

3 LENTZ 2013 [343]; DUCHHARDT 2013 [330].

4 Zitiert bei: KARLA 2014 [796], S. 9, nach dem Artikel von Augustin Thierry „Sur l'ancien esprit et sur l'esprit actuel des légistes français“ im „Censeur européen“ vom 1.5.1820.

Norwegen, verzichtete indessen auf Vorpommern und Finnland. Frankreich wurde in den Grenzen von 1792⁵ erhalten. Die Niederlande erstanden als Monarchie und umfassten auch die ehemaligen österreichischen Niederlande, bevor diese sich 1830 als neues Königreich Belgien selbstständig machten. Österreich erhielt in Italien die Oberhoheit über die Lombardei und Venetien sowie in Deutschland das Territorium des Erzbistums Salzburg. Die Königreiche Spanien, Portugal und Sardinien-Piemont wurden in den Grenzen von 1790 wiederhergestellt. Insgesamt, auf europäischer Ebene, war ein „Spiel der Mächte“ mit wechselnden Koalitionen programmiert⁶. England verfolgte das Ziel der *balance of power*, war auf Eindämmung Russlands und Stärkung der Niederlande bedacht. Darüber hinaus blieb der englisch-französische Gegensatz ein strukturierender Faktor der britischen Außenpolitik. Russland verfolgte seine Expansion nach Westen und Süden, hatte sich den Großteil Polens einverleibt und befand sich in einer gewissen Interessengemeinschaft mit Preußen. Österreich hat sich nach Süden (Italien) und Südosten (Illyrien) ausgeweitet, seine Präsenz in Polen (Galizien) gestärkt und verfolgte, wie England, eine Politik des Ausgleichs der Mächte in Europa. In Deutschland zielte es auf eine Eindämmung Preußens und die Schaffung einer lockeren staatlichen Struktur unter österreichischer Führung. Preußen expandierte zugleich nach Osten (Polen) und Westen (zunächst Teile Sachsens, dann das Rheinland) und versuchte beharrlich, ein Gegengewicht zur Dominanz Österreichs in den deutschen Angelegenheiten aufzubauen.

Die territoriale Neuordnung im Gebiet des früheren Alten Reichs stellte sich als erheblich komplizierter dar als die der europäischen Mächte, weshalb die entsprechenden Verhandlungen in Wien auch in einer eigenen Kommission geführt und aus der großen Schlussakte ausgegliedert wurden. Niemand dachte ernsthaft daran, die Säkularisierung und Mediatisierung der Territorien des Alten Reichs rückgängig zu machen. In Süddeutschland hatte Napoleon mit den Rheinbundländern Baden, Württemberg und Bayern moderne Territorialstaaten geschaffen, die nunmehr mit kleineren Veränderungen in ihrem Aufbau bestätigt wurden. In Nord- und Mitteldeutschland wurden 1815 nach mehr oder minder „napoleonischen“ Prinzipien neue staatliche Grenzen ausgehandelt. Neben dem Königreich Hannover, das, in Personalunion mit Großbritannien, ein Gegengewicht zu Preußen darstellte und das Ostfriesland und verschiedene kleinere Territorien dazugewann, entstanden – oder überlebten – zahlreiche kleinere Fürstenstaaten, vor allem in Thüringen und Ostwestfalen. Auch merkwürdige „Absurditäten“, so Thomas Nipperdey⁷, wurden geschaffen, wie das zu Oldenburg gehörende Terri-

5 Allerdings nur im ersten Pariser Vertrag vom 30.5.1814. Im zweiten Pariser Vertrag vom 20.11.1815, nach den „Hundert Tagen“, wurde das Staatsgebiet beschnitten und auf die Grenzen von 1790 beschränkt (vgl. weiter unten S. 29 f.).

6 Vgl. SELLIN 2001 [351]; PYTA 2009 [346].

7 NIPPERDEY 1983 [212], S. 92.

torium Birkenfeld im Hunsrück, dessen Existenz Kompensationsgründe hatte. Das bis 1813 mit Napoleon verbündete und deshalb von den Siegern „abzustrafende“ Sachsen schließlich konnte zwar seine Existenz gegen die preußischen Annexionspläne behaupten, musste aber die Hälfte seines Territoriums mit zwei Fünftel seiner Bevölkerung an Preußen abtreten.

Das wichtigste territoriale Ergebnis in Deutschland war indessen die Ost-Westverschiebung Preußens über den Rhein hinaus bis an die niederländische und französische Grenze. Diese ursprünglich von den Vertretern Preußens in dieser Form nicht gewollte Ausweitung (als Ersatz für die nicht zustande gekommene Annexion Sachsens) verpflichtete die preußische Monarchie militärisch, ganz im Sinne Englands und Österreichs, zur Verteidigung der Westgrenze gegen Frankreich. Religionspolitisch handelte sich die protestantische Monarchie dabei den Konflikt mit dem rheinischen Katholizismus ein, und überdies waren der West- und der Ostteil Preußens nicht direkt territorial miteinander verbunden, ein Umstand, der für die Machtpolitik der Regierung in Berlin bis 1866 eine bedeutende Rolle spielen sollte. Dadurch wurde eine der entscheidenden Weichen für die Entwicklung der Frage der deutschen „Einheit“ gestellt⁸.

Für Frankreich, damals bei weitem das bevölkerungsreichste Land Europas, brachte der Wiener Kongress als schmerzhaft empfundene territoriale Verluste, in außenpolitischer Hinsicht jedoch, dank dem Verhandlungsgeschick des Außenministers Talleyrand, das Ende der Isolierung und die Wiedereingliederung in das europäische Fünf-Mächtesystem, auch wenn das Land als Herd der Revolution und potentiellen Hegemoniestrebens insbesondere von Russland und England immer noch mit Misstrauen beobachtet wurde. Die Rückkehr der Bourbonen im Rahmen einer neu zu errichtenden konstitutionellen Monarchie sowie der Verzicht auf jegliche territoriale Expansion im Norden, Osten und Süden schienen die Voraussetzungen für eine Politik der friedlichen Koexistenz zu schaffen. Innenpolitisch indessen befand sich Frankreich, noch stärker als die deutschen oder italienischen Staaten, im Spannungsverhältnis von Reaktion und Revolution beziehungsweise Restauration und Reform, zumal hier, im Unterschied zu Deutschland und Italien, die Frage der politischen Reformen nicht durch das Problem der Nation überlagert war⁹. Die *Charte*, die oktroyierte Verfassung von 1814, versuchte einen Kompromiss, insofern sie die Legitimität des von Gott gewollten Monarchen wiederherstellte, aber andererseits, dem englischen Zweikammersystem folgend, einem nach Zensuswahlrecht gewählten Parlament gewisse Kontrollrechte einräumte. Allerdings war dieser Zensus recht eng gefasst, da nur die ca. 110 000 reichsten Steuerzahler zur Wahl zugelassen wurden, d. h. gerade einmal knappe 0,4 % der Bevölkerung¹⁰. Der Adel des Ancien Régime wurde wieder in seine Rechte eingesetzt, aber auch

8 Ebd., S. 90–93.

9 DÉMIER 2012 [245], S. 242–286.

10 GOUJON 2012 [254], S. 49–50.

der imperiale napoleonische Adel behielt seinen Status. Die Verwaltung nach von der Revolution geschaffenen Departements, das Schulsystem und das Rechtswesen wurden gleichfalls beibehalten. Die *Charte* garantierte – in gewissen Grenzen – Presse- und Meinungsfreiheit. Der durch Revolution und napoleonische Herrschaft eingeleitete Modernisierungsschub war nicht mehr rückgängig zu machen.

Dazu kam, dass es einige Jahre dauerte, bis sich das Regime in Frankreich festigen konnte. Genauer besehen, ist zwischen einer ersten Phase, die von Ende April 1814, der Rückkehr der Bourbonen und der Inthronisierung Ludwigs XVIII., bis März 1815 dauerte, und einer zweiten Phase zu unterscheiden, die mit der erneuten Rückkehr Ludwigs XVIII. im Juli 1815 einsetzte. Dazwischen lagen die „Hundert Tage“, der Versuch Napoleons, nach einer Landung in Südfrankreich die Macht zurückzuerobern und eine Art konstitutionelles Kaisertum einzurichten. Dabei zeigte sich, dass er noch über einen erheblichen Rückhalt im Lande verfügte, vor allem bei der Armee, die fast vollständig zu ihm überlief, aber auch bei der Bevölkerung besonders in Ost- und Zentralfrankreich sowie generell eher in den ländlichen Regionen¹¹. Auf dem Wiener Kongress löste Napoleons Vorgehen einen Schock aus. Die alliierten Mächte mobilisierten umgehend, und ihre Armeen marschierten erneut in Frankreich ein. Knapp vier Monate später besiegelte die Schlacht von Waterloo das politische Ende des Versuchs, die Restauration der bourbonischen Monarchie rückgängig zu machen. Allerdings hatte das Unternehmen, gemessen an dem ersten Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814, eine erhebliche Verschlechterung der internationalen Position Frankreichs zur Folge. Im zweiten Pariser Vertrag vom 20. November 1815 wurde der Rückzug auf die Grenzen von 1790 (statt zuvor von 1792) festgelegt. Das bedeutete den Verlust von Gebieten und Festungen im Nordosten an der niederländischen Grenze, im Osten (darunter Landau, Saarbrücken, Saarlouis) und Südosten (Teile von Savoyen, Grafschaft Nizza)¹². Vor allem aber machten die Siegermächte nunmehr verstärkt ihre Sicherheitsinteressen geltend, indem sie Frankreich eine fünfjährige Besatzung und die Zahlung von 700 Millionen Franken als „Entschädigung“ auferlegten. Das im Jahre davor von Talleyrand mit Unterstützung Englands aufgebaute, prekäre Vertrauensverhältnis zwischen den Alliierten und Frankreich war tief gestört. Frankreich galt nun als unzuverlässiger Partner und potenzieller Unruheherd. Das Fünf-Mächtesystem wurde überlagert durch den Gegensatz der sogenannten Quadrupelallianz zu Frankreich, die sich das Heft nicht mehr aus der Hand nehmen lassen wollte¹³. In verschiedenen Folgekongressen der Quadrupelallianz wurde die Situation in Frankreich diskutiert. Der bekannteste war der Kongress von Aachen im Herbst 1818, bei dem angesichts der Stabilisierung des Systems der „legitimen Monarchie“ unter Ludwig XVIII. das Ende der militärischen Besetzung Frankreichs beschlossen wurde, vor Ablauf

11 DÉMIER 2012 [245], S. 92–105.

12 Ebd., S. 159–163.

13 DUCHHARDT 2018 [331].

der ursprünglich vereinbarten fünf Jahre. Die Besatzungszeit hinterließ allerdings tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis der Nation¹⁴. Im Sommer und Herbst 1814, nach der Schlacht von Waterloo, befanden sich zunächst über eine Million russische, österreichische, preußische und englische Truppen im Land, die in großem Umfang Requisitionen vornahmen und sich zahlreicher Übergriffe auf die Zivilbevölkerung schuldig machten. Im zweiten Vertrag von Paris wurde dann eine reguläre Besatzungsarmee von 150 000 Mann festgelegt, die vornehmlich im Osten und Norden stationiert und von der lokalen Bevölkerung zu versorgen war. Sie bestand zum großen Teil aus deutschsprachigen Truppen, neben Preußen und Österreichern auch Bayern, Württembergern, Badenern und Sachsen. Die Erinnerung an diese Besatzung sollte während der Rheinkrise 1840¹⁵ und vor allem im Krieg von 1870/71 eine bedeutende Rolle spielen.

Das Spannungsverhältnis von Restauration und Revolution bestimmte also sowohl den französischen als auch den deutschen Raum in den Jahrzehnten nach 1815. Der auf dem Wiener Kongress begründete Deutsche Bund schuf für Deutschland einen Staatenbund unter österreichischem Vorsitz. Institutionsgeschichtlich gesehen, war der Deutsche Bund ein in der Tradition des „zusammengesetzten Staates“ geschaffenes Gebilde, ein „Kompositstaat“¹⁶. Ziel des eigentlichen Spiritus Rector, des österreichischen Staatskanzlers Klemens von Metternich¹⁷, war, in einem lockeren Verbund zusammengefasste, auf die Logik des bürokratischen Obrigkeitsstaats gegründete Territorialstaaten ohne gemeinsame Exekutive, Legislative und Militärgewalt auf eine konsequente politische Linie zu bringen. Territorial gesehen umfasste das Gebilde des Bundes ungefähr die Gebiete des Alten Reiches, unter Ausschluss der ehemals österreichischen Niederlande. Von den preußischen Gebieten blieben Ost- und Westpreußen sowie die Provinz Posen außerhalb des Bundes, von den österreichischen alle Gebiete des Königreichs Ungarn, dazu Galizien und die Bukowina im Osten sowie die Provinzen Lombardei und Venetien in Italien. Als mehr oder weniger geschlossenes deutsches Sprachgebiet¹⁸ transportierte der Bund auch die Frage der Existenz einer auf Kultur und Sprache gegründeten nationalen Einheit. Er sollte bis 1866 die Bühne für die Kämpfe um die politische Gestalt der deutschen Nation abgeben.

Das von Metternich propagierte System eines restaurativen Ausgleichs stieß indessen schon bald an gewisse Grenzen. Das in der Bundesakte verankerte Versprechen, in den einzelnen Staaten Verfassungen zu geben, wurde nur teilweise umgesetzt. Insbesondere die Großmächte Österreich und Preußen, aber auch Hannover lösten es nicht ein. Zudem geriet der Bund schnell in Frontstellung gegen

14 WACKER 2001 [276]; HAYNES 2018 [256]; GUÉRRIN 2014 [255].

15 Vgl. weiter unten S. 38–40.

16 LANGEWIESCHE 2008 [531], S. 194–210; HEINZEN 2021 [195].

17 BLEYER 2014 [326]; SIEMANN 2016 [221].

18 Größere Ausnahmen waren hier Böhmen, Oberschlesien und die Lausitz.

die „Demagogen-Umtriebe“, die vor allem von den Burschenschaften getragenen Versuche, die während der sogenannten Befreiungskriege angefachte nationale Bewegung in konkretere Formen zu gießen. Das von Jenenser Studenten initiierte Wartburgfest 1817 forderte nationale Einheit in Form einer konstitutionellen Monarchie, Rede- und Pressefreiheit, allgemeine Wehrpflicht, Abschaffung der Leibeigenschaft und der geheimen Polizei sowie Aufhebung aller Vorrechte der Geburt. Das Fest, „eine Mischung aus protestantischem Gottesdienst und politischer Kundgebung“¹⁹, und vor allem die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue durch Karl Ludwig Sand, einen Jenenser Studenten und Mitglied der Burschenschaft, lösten die Karlsbader Beschlüsse vom September 1819 aus. Der erfolgreiche Theaterautor Kotzebue, der zugleich publizistisch gegen die nationalpolitische Bewegung der Studentenschaft, gegen die Universitäten und allgemein gegen den Liberalismus agitierte, galt bei den Burschenschaftlern als Vaterlandsverräter und Spion Metternichs. Der am 23. März 1819 an ihm verübte Mord wurde in den Regierungskabinetten als direkter Angriff auf die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung gewertet. So beschloss der Frankfurter Bundestag am 20. September unter Führung Österreichs und Preußens einstimmig, die im Sommer in Karlsbad vereinbarten Maßnahmen gesetzlich umzusetzen. Sie beinhalteten bundesweit eine Verschärfung der Presse- und Buchzensur, die Überwachung der Universitäten, die Entlassung liberal und national auftretender Professoren, das Verbot der Burschenschaften und die Einrichtung einer „Zentraluntersuchungskommission“, welche die Polizeimaßnahmen koordinieren sollte. Damit war klar, dass die Metternichsche Option des außenpolitischen Ausgleichs innenpolitisch eine Kampfansage nicht nur an die Nationalbewegung, sondern auch an jede Form von Liberalisierung des politischen Lebens und der Gesellschaft war. Der Konflikt zwischen Liberalen und Konservativen war in Deutschland wie in Frankreich, ja in ganz Europa, ein wichtiges Strukturmerkmal der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. In Deutschland markierte er besonders die Periode des Vormärz, d. h. in engerem Sinn die Zeit zwischen 1830 und 1848²⁰.

Zur Periodisierung²¹:

Revolution, Restauration, Vormärz, Liberalisierung

Politisch gesehen, lässt sich die Zeit zwischen 1815 und 1870 sowohl in Frankreich als auch in Deutschland in drei Perioden unterteilen. Die Julirevolution 1830 und die Februar- beziehungsweise Märzrevolution von 1848 bilden die Zäsuren. Die erste Zeitspanne von 1815 bis 1830 wird in beiden Ländern von der Thematik der

19 So bezeichnet von Étienne François in FRANÇOIS 2001 [504], S. 157.

20 Zur Unschärfe des Begriffs vgl. LANGEWIESCHE ⁵2007 [341].

21 Zum Problem der Periodisierung im europäischen 19. Jahrhundert vgl. KALIFA 2016 [165].

Restauration²² bestimmt. In Deutschland werden die konstitutionellen Bestrebungen nach der Einführung von Verfassungen in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt) sowie in einer Reihe von Kleinstaaten gestoppt. Die beiden Großstaaten Preußen und Österreich bleiben außerhalb der Verfassungsbewegung, Preußen begnügt sich mit landständischen Vertretungen der Provinzen²³. Aus Sorge vor Radikalisierung und Aufflammen revolutionärer Bewegungen will Metternich, ganz im Sinne der zu Wien geschlossenen „Heiligen Allianz“, jeden Ansatz von Unruheherden im Keim ersticken, was zu Polizeimaßnahmen und genereller Repression führt, so in den erwähnten Karlsbader Beschlüssen, die 1824 erneuert werden und formal bis 1848 in Kraft bleiben. Auch in Frankreich führt die Restauration, vor allem nach dem Machtantritt Karls X. 1824, zu verschärfter Repression. Dabei bricht der Konflikt zwischen gemäßigten Anhängern der Bourbonen und extremen Royalisten wieder aus, der schon zehn Jahre zuvor bei der Rückkehr der Bourbonen aufgeflammt und damals, unter dem Einfluss Englands, zugunsten Ludwigs XVIII. entschieden worden war. Dieser hatte ja, gegen die Meinung seines jüngeren Bruders Karl, das Prinzip einer Verfassung beibehalten und in Form der oktroyierten *Charte* von 1814 umgesetzt²⁴. Nunmehr werden unter der Leitung des neuen Königs von der ultraroyalistischen Regierung unter Joseph de Villèle die Zensur wieder eingeführt, die Nationalgarde aufgelöst, die royalistischen Emigranten der Revolutionszeit finanziell entschädigt, die *École normale supérieure*, ein potentieller Unruheherd, suspendiert und das gesamte Unterrichtswesen verstärkt dem Einfluss der Kirche unterworfen. Bei näherem Hinsehen lässt sich die Repression auch als Zeichen dafür lesen, dass der Liberalismus in der Gesellschaft, unter der Oberfläche der Institutionen, einen breiteren Nährboden gefunden hat. Diese These wird dann durch den Ausbruch der Julirevolution bestätigt, die unmittelbare Reaktion auf die königlichen Ordonnanzen vom 25. und 26. Juli 1830, durch die unter anderem das gerade neu gewählte Abgeordnetenhaus mit liberaler Mehrheit aufgelöst und ein neues, noch restriktiveres, größere Teile der Bourgeoisie ausschließendes Zensuswahlrecht verfügt wurde. Mit der Julirevolution begann die zweite Zeitspanne, die sich bis 1848 erstreckt.

Die Einsetzung Louis-Philippes als „Roi des Français“ statt der alten Formel des „Roi de France“, mit der Etablierung einer veränderten Verfassung, leitete in Frankreich eine Ära der Liberalisierung ein, die indessen keineswegs ein Ende der inneren politischen Konflikte bedeutete. Im Gegenteil. Auch wenn die Legitimisten, die Vertreter des antiparlamentarischen Royalismus, politisch kaum noch eine Rolle spielten, erwies sich die von Louis-Philippe, dem „Bürgerkönig“, eingeschlagene Mittellinie zwischen konservativen Vertretern der „Ordnung“ und liberalen Verfechtern der „Bewegung“ als problematisch, ganz zu schweigen von

22 Zur Problematik des Begriffs vgl. DUCHHARDT 2018 [331], S. 23–25; BOUTRY 2020 [151].

23 Zur preußischen Spezifik vgl. KOSELLECK 1975 [199].

24 DÉMIER 2012 [245], S. 63–68.

der Fraktion der Republikaner, die sich um den Erfolg der wesentlich von ihnen getragenen Revolution gebracht sahen. Das Ergebnis waren auf der einen Seite periodisch aufflammende Revolten wie, um nur die bekanntesten zu nennen, die republikanische Erhebung vom Juni 1832 in Paris oder der Aufstand der Lyoner Seidenweber 1834. Die im Juli 1830 entfesselte Dynamik, welche die historische Erfahrung von 1789 tradierte, war nur schwer wieder einzufangen. Der Kampf gegen „revolutionäre Umtriebe“ konzentrierte sich in Prozessen, Verboten von politischen Gesellschaften und Vereinen, von Publikationen und Versammlungen, in Pressegesetzen, Ausweisungen und vielen anderen Maßnahmen. Umgekehrt waren die „auführerischen“ Bestrebungen ein willkommenes Schreckgespenst, das die Durchsetzung von repressiven Verordnungen beim liberalen Bürgertum erleichterte. Auf der anderen Seite wurde das konstitutionelle System selbst zur Bühne der Auseinandersetzung zwischen Parlamentarismus und gemäßigter Reaktion beziehungsweise königlicher Autorität. Der König musste mit wechselnden Mehrheiten im Parlament kooperieren und sah sich zuweilen einer Mehrheitskoalition von Liberalen, „dynastischer Linken“ – so bezeichnete man die regimetreue orleanistische Opposition – und Republikanern gegenüber²⁵. Generell bevorzugte er „schwache“ Ministerratspräsidenten und suchte starke Minister wie Jacques Laffitte, Casimir Périer, François Guizot und Adolphe Thiers zu vermeiden, ohne eigentlichen Erfolg, insofern alle vier genannten zeitweilig das Amt innehatten. Innerhalb der Julimonarchie ist zwischen dem ersten Jahrzehnt bis zum Rücktritt Thiers' und den acht Jahren bis zur Februarrevolution ein gewisser Unterschied zu machen. Zunächst stand die politische Auseinandersetzung um die Ergebnisse der Julirevolution 1830 im Vordergrund. Der Zerfall der Koalition, welche das vorangegangene Regime zu Fall gebracht hatte, führte nach dem Sturz des eher progressiven, der „Partei der Bewegung“ zuzurechnenden Ministeriums Jacques Laffitte 1832 zu von der „Partei der Ordnung“ beziehungsweise der „Partei des Widerstands“ dominierten Regierungen, an denen zuweilen auch Anhänger aus anderen politischen Lagern wie den gemäßigten Legitimisten teilnahmen. Das Ministerium Thiers von März bis Oktober 1840 vereinte noch einmal Männer der parlamentarischen Opposition. Zwischen beiden Strömungen war eine „Mitte“ zu verorten, auch „Tiers Parti“ genannt, die eher zur Rechten tendierte, aber öfter auch mit der gemäßigten Linken gemeinsame Sache machte. Diese Strömungen waren noch keineswegs organisierte Parteien im modernen Sinn, sondern eher lose Zuordnungen, deren politische Linie sich langsam herausbildete und z. B. konkret in bestimmten Zeitungen festmachen ließ²⁶. Die Zeit zwischen Ende 1840 und Februar 1848 brachte eine gewisse Stabilisierung unter den konservativen, von Guizot dominierten Regierungen, die bis 1846 von einem unverkennbaren wirtschaftlichen Aufschwung profitierte. Die brennender werdende soziale Frage,

25 GOUJON 2012 [253].

26 Vgl. Kapitel „Presse- und Nachrichtenwesen, Buchhandel und Verlagswesen“.

der Pauperismus und die sozialistische beziehungsweise kommunistische Agitation, auf die noch näher einzugehen sein wird²⁷, stellten zunächst keine echte Bedrohung aus Sicht der Regierung dar. Ebenso wenig konnte der Bonapartismus, dessen politische Sprengkraft von Thiers und der parlamentarischen Linken abgeschöpft wurde und der durch die verunglückte Landung Louis-Napoléons bei Boulogne-sur-mer 1840 diskreditiert war, die Stabilität des Regimes gefährden. Wichtiger war die Entwicklung der Presse und die damit verbundene verstärkte Ausbildung einer öffentlichen Meinung. Trotz einer Reihe von Gerichtsprozessen und Verboten bestimmter Organe konnte dieser langfristige, mit der Strukturierung einer bürgerlichen Gesellschaft verbundene Vorgang nicht aufgehalten werden.

In Deutschland hatte die Julirevolution 1830 umgehend Bewegung in die politische Landschaft gebracht. Heine sprach von einem „Pariser Sonnenstich“, der die Bevölkerung getroffen habe²⁸. In einer Reihe von Staaten lösten die Ereignisse in Paris eine neue Welle von Verfassungsbestrebungen aus, so etwa in Kurhessen, Hannover, Sachsen und Braunschweig. In einigen süddeutschen Ländern gewann die liberale Opposition Mehrheiten in der Kammer, was die parlamentarischen Tendenzen stärkte und die Fürsten zu Zugeständnissen zwang. Bedeutsam wurde daneben die Entstehung einer neuen Form politischer Agitation, die sich in Versammlungen, Banketten und Feiern organisierte und über Presse und Flugblätter kommunizierte²⁹. Schon die 1830/31 stattfindenden „Polenfeste“ zur Unterstützung der polnischen Erhebung gegen das Zarenreich haben einer politischen Erregung Form gegeben, in der sich, außerhalb jeder Verfassungsdiskussion, das Bewusstsein eines allgemeinen Kampfes gegen die „Heilige Allianz“ Platz schuf. Kampf für Freiheit und für nationale Selbstständigkeit fielen hier in eins. Was die Verhältnisse in den deutschen Staaten anlangte, trat man entschiedener nicht nur für verfassungsrechtlich garantierte Mitbestimmung und Grundrechte ein, sondern auch für Demokratie und Volkssouveränität. Diese Bewegung, die auch Teile des mittleren Bürgertums sowie der Handwerker und Bauern einbezog, insistierte auf Presse- und Versammlungsfreiheit. Sie erfasste ganz Deutschland, war aber insbesondere in Südwestdeutschland aktiv, in Baden und vor allem in der Pfalz, wo die Presse größere Spielräume besaß. Der im Februar 1832 in Zweibrücken gegründete Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse konnte in wenigen Wochen 5000 Mitglieder mobilisieren, die sich auf 116 Zweigstellen in Südwest-, Süd- und Mitteldeutschland verteilten. Auch in Paris konstituierte sich eine Filiale, welche die erste deutsche Auslandsorganisation überhaupt darstellte und sich bald den Namen Deutscher Volksverein gab³⁰. Das schnelle Verbot des Press- und Vaterlandsvereins, auch kurz Preßverein genannt, in den deutschen Staaten sowie seiner

27 Vgl. Kapitel „Die Entstehung der internationalen Arbeiterbewegung“.

28 HEINE 1973–1997 [67], Bd. 11, S. 51.

29 BROPHY 2009 [495].

30 Vgl. Kapitel „Die Entstehung der internationalen Arbeiterbewegung“.

beiden Zeitungen, der „Deutschen Tribüne“ und des „Westboten“, konnten die Mobilisierung nicht aufhalten. Deren Höhepunkt bildete das Hambacher Fest am 27. und 28. Mai 1832, einer von südwestdeutschen Republikanern und Demokraten einberufenen, anfänglich verbotenen, aber schließlich nach einem Gerichtsbeschluss doch von der bayerischen Provinzialregierung genehmigten Versammlung auf der Schlossruine Hambach in der Pfalz, an dem an die 30 000 Menschen aus ganz Deutschland teilnahmen. Der Politiker und spätere erste Bundespräsident der BRD Theodor Heuss hat sie 1932 als die „erste politische Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte“ bezeichnet³¹. Formal lehnte man sich an die Feste der Französischen Revolution an, die ein wichtiger Faktor der Mobilisierung, der politischen Partizipation und schließlich der Gestaltung des politischen Prozesses „von unten“ gewesen waren. In den in Hambach gehaltenen Reden artikulierte sich eine radikale, republikanische, außerparlamentarische Opposition, die sich gleichermaßen für demokratische Freiheit und nationale Einheit einsetzte. Angriffsziel waren die Fürstenstaaten und die politischen Vorgaben der „Heiligen Allianz“, wie sie konkret in Deutschland umgesetzt wurden.

Entsprechend hart und umgehend organisierte sich die Reaktion unter Führung Metternichs. In mehreren Beschlüssen verschärfte der Frankfurter Bundestag im Juni und Juli 1832 die Repression. Zur „Aufrechterhaltung der politischen Ordnung“ wurden Rede- und Versammlungsrecht weiter eingeschränkt, der Preßverein zerschlagen, alle politischen Vereine verboten, die Initiatoren des Festes verhaftet und vor Gericht gestellt und die Mainzer Untersuchungsbehörde mit neuen Vollmachten ausgestattet. Vor allem in Preußen kam es zu einer großen Anzahl an Prozessen, bei denen unter anderem der später als Plattdeutsch schreibender Romanautor bekannt gewordene Fritz Reuter zum Tode verurteilt und dann zu 30 Jahren Festungshaft begnadigt wurde. Angesichts weiterer Unruhen beschlossen die Vertreter der Bundesstaaten auf Drängen Österreichs und Preußens in einer geheim gehaltenen Akte im Jahr 1834, im Sinne des „Souveränitätsmonopols des monarchischen Prinzips“³² noch weitergehende Eingriffe in die landständischen Rechte, die Gerichtsbarkeit der Einzelstaaten und die akademische Selbstverwaltung der Universitäten³³. Die Bekämpfung der Opposition durchzog alle Bereiche des öffentlichen und auch des kulturellen Lebens. Sie bestimmte den Charakter des Vormärz in Deutschland, zunächst bis 1840, dann, nach einer kurzen Lockerung, bis zur Revolution von 1848.

Die geheime Bundesakte von 1834 bedeutete übrigens nicht nur eine Verstärkung der 1819 eingeleiteten Überwachung und Repression im Gebiet des Deutschen Bundes. Das von Metternich betriebene Spitzelsystem erstreckte sich auch auf die Nachbarstaaten Frankreich, Belgien und die Schweiz, in denen sich deutsche

31 HEUSS 1957 [196], S. 20; VOGT 1988 [225].

32 WEHLER ²1989 [227], S. 373.

33 Ebd., S. 367–368; ADLER 1977 [1].

Oppositionelle aufhielten³⁴. Genau besehen, war es in mancher Hinsicht eine transnationale Operation und widersprach dem Prinzip der nationalen Souveränität. Auf der anderen Seite kooperierten die nationalen Polizeibehörden auch wechselseitig. Preußen intervenierte in Paris, um die Ausweisung unliebsamer Deutscher zu erreichen, im Falle von Karl Marx um die Jahreswende 1844/45 mit Erfolg, im Falle von Heine, Arnold Ruge oder Heinrich Börnstein ohne Erfolg³⁵. Die Flüchtlinge wurden Gegenstand von Verhandlungen auf Regierungs- und Gesandtschaftsebene.

Die dritte Periode reicht von 1848 bis 1870. Sie wird von der europäischen Revolution eingeleitet, die, nach einem Vorspiel in Italien, in Paris ihren Ausgang nahm und sich von dort wie ein Lauffeuer verbreitete³⁶. Auch darüber, wie über die ebenfalls von Paris ausgehende Reaktion, wird noch in einem späteren Kapitel zu berichten sein³⁷. Diese Reaktion nahm allerdings in Frankreich und Deutschland einen unterschiedlichen Verlauf. In Frankreich leitete die Wahl Louis-Napoléons zum Präsidenten im Dezember 1848 eine Zeit des Kampfes zwischen Nationalversammlung, Exekutive und dem Elysée-Palast ein, die Louis-Napoléon nach geschicktem Lavieren mit dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 und der Errichtung des Zweiten Kaiserreichs ein Jahr danach beendete. Damit hatte sich in Frankreich gegen den Widerstand der Republikaner ein autoritäres System etabliert, das mit direkten Volksbefragungen die parlamentarische – republikanische und monarchistische – Opposition umging und im Inneren mit starker Polizeigewalt, Zensur, Unterstützung von Klerus und Kirche und Einsatz von neuen Kommunikationsmitteln zur massendemokratischen Legitimation funktionierte. Das bonapartistische Regime, auch cäsaristisch genannt³⁸, war per definitionem auf Massenunterstützung angewiesen. Es bediente sich des allgemeinen (männlichen) Wahlrechts und konnte dabei vor allem auf die Wähler der ländlichen Gebiete zählen³⁹.

Nach außen zeichnete es sich durch expansive europäische Macht- und Nationalitätenpolitik aus. Als „Sohn der Revolution“ war Napoleon III. auf militärische Erfolge angewiesen. Er betrieb eine revisionistische Außenpolitik, mit der er die seit 1815 etablierte Ordnung der Mächte zu verändern suchte. Im Krimkrieg 1853–1856 war die alte Koalition der Mächte zerbrochen, die sich bis dahin einer Aufrechterhaltung des Status quo verpflichtet hatte. Anschließend unterstützte er aktiv die italienische Einigungsbewegung gegen Österreich, das nach den Niederlagen von Magenta und Solferino die Lombardei an Piemont abtreten musste, wohingegen Frankreich als „Kompensation“ 1862 Savoyen und Nizza erhielt, ganz

34 HOEFER 1983 [950].

35 GRANDJONC 1974 [611], S. 86–96.

36 SPERBER 2005 [669].

37 Vgl. Kapitel „Die europäischen Revolutionen 1848/49“.

38 Der Begriff erstmals bei ROMIEU 1850 [271], später unter anderem von Theodor Mommsen, Ludwig Roscher und Max Weber verwendet, vgl. GROH 1972 [338].

39 ANCEAU 2012 [231]; MILZA 2004 [263]; MINC 1996 [265].

im Sinne der alten Doktrin von den „natürlichen Grenzen“. Durch seine Erfolge stärkte Napoleon III. seine Position im europäischen machtpolitischen Poker und hoffte, auch bei der Klärung der anstehenden „deutschen Frage“ ein entscheidendes Wort mitreden zu können⁴⁰.

Das Regime wird im allgemeinen in ein „Empire autoritaire“ und ein „Empire libéral“ unterteilt⁴¹, welches ab 1860 die polizeiliche Überwachung lockerte und der Opposition mit sukzessiven Verfassungsänderungen Zugeständnisse machte, sodass man sich nach und nach, unter Beibehaltung der plebiszitären Komponente, einer Art konstitutioneller Monarchie annäherte. Zugleich war es eine Zeit der gesellschaftlichen Modernisierung, der wirtschaftlichen Expansion, der Industrialisierung und in Paris unter dem Präfekten Georges-Eugène Haussmann der umfassenden städtebaulichen Neuerung. 1869/70 war dann eine noch stärkere Liberalisierung zu beobachten. Angesichts des Wahlerfolgs der Opposition 1869, der trotz der Tatsache, dass das Regime immer einen „offiziellen“ Kandidaten pro Wahlkreis mit allen Mitteln unterstützte, zustande gekommen war, bestellte Louis-Napoléon ein liberales Ministerium unter Émile Ollivier, in dem sich oppositionelle Liberale mit reformbereiten Bonapartisten verbanden, das altbonapartistische Präfekten wie den Paris-Stadtplaner Haussmann entließ, Republikaner amnestierte, weitgehende Pressefreiheit einführt und eine Verfassungsreform beschloss, die eine Parlamentarisierung des Systems besiegelte und im Mai 1870 dann plebiszitär bestätigt wurde. So wurde die um 1860 eingeleitete gesellschaftliche Modernisierung langsam in neue politische Strukturen überführt.

Die Entwicklung in Deutschland war zum einen ebenfalls durch die Spannung von Reaktion und Liberalisierung und zum anderen durch den sich zuspitzenden machtpolitischen Dualismus zwischen Österreich und Preußen geprägt. Die Niederschlagung der Revolutionen 1848/49 in Deutschland (durch preußische Truppen) und Ungarn (mit russischer Hilfe) leitete zunächst eine Ära der Reaktion ein, die, ähnlich wie in Frankreich, ungefähr zehn Jahre andauerte. Revolutionsteilnehmer wurden unerbittlich verfolgt, Zugeständnisse an die Verfassungsbewegungen rückgängig gemacht. Der Einfluss der Kirchen, insbesondere im Unterrichtssystem, wurde gestärkt, in einigen Staaten durch Konkordate gefestigt, da man sich davon eine ideologische Resistenz gegen revolutionäres Gedankengut versprach. In Österreich wurde 1851 unter dem später mit dem Begriff des Neoabsolutismus bezeichneten Regime des Ministeriums Alexander von Bach die von der Monarchie 1849 oktroyierte Verfassung, die eigentlich nie politisch umgesetzt worden war, außer Kraft gesetzt. Die politischen Strukturen der Habsburgermonarchie wurden in Form einer Zentralverwaltung bürokratisch reorganisiert. Preußen oktroyierte seinerseits eine konservative Verfassung, die 1850 in Kraft trat und alle politische Initiative bei König und Regierung beließ. Für die Kammer wurde

40 BRULEY 2015 [289]; DEINET 2001 [244]; WILLMS 2008 [277]; vgl. auch weiter unten S. 45–47.

41 YON ²2012 [278]; DELUERMOZ 2012 [644].

per Notverordnung das Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Lediglich in Baden und, geringer ausgeprägt, in Bayern kam es zu einem gewissen Ausgleich zwischen Liberalen und Konservativen. Der Deutsche Bund wurde reaktiviert, die Einzelstaaten auf eine gemeinsame hochkonservative Linie eingeschworen. Damit verbunden war die Anerkennung einer gewissen Vorrangstellung Österreichs als Präsidialmacht des Bundes, während Preußen seine deutschlandpolitischen Ambitionen, die Herstellung einer norddeutschen Union, vorerst zurückstellen musste. Im Olmützer Vertrag vom November 1850 hatte Österreich mit russischer Unterstützung seinen Vorschlag einer militärischen Bundesexekution in Holstein und in Kurhessen gegen den Widerstand Preußens durchsetzen können. Doch auf der anderen Seite scheiterte der Minister Felix zu Schwarzenberg mit seinem Ansinnen, alle österreichischen Provinzen in den Bund aufzunehmen. Die Machtverhältnisse im Staatenbund blieben unklar, zumal auch die verschiedenen Positionen der europäischen Regierungen immer mit hineinspielen, je nach Thema und Situation. Das zeigte sich in Schleswig und Holstein, wo das Londoner Protokoll 1852 den Status quo festschrieb, im Krimkrieg, bei dem Preußen, trotz der guten Verbindungen zu Russland, neutral abseits blieb, und schließlich in der italienischen Krise 1859, wo Preußen eine Bundeshilfe für Österreich verhinderte. Wie in der Folge wurde hier sichtbar, dass Innen- und Außenpolitik eng verschränkt waren, zumal die deutsche Öffentlichkeit die nationale Einigungsbewegung in Italien und die militärischen Aktivitäten Frankreichs in Norditalien aufmerksam verfolgte und teilweise auch leidenschaftlich kommentierte. Sowohl die eigene nationale Frage wie auch die Sicherheit der Grenze gegen eine mögliche französische Expansion wurden in Politik und Diskussionen stets mitverhandelt.

Deutsch-französische Beziehungen und die „deutsche Frage“

Im Bereich der deutsch-französischen Beziehungen hatte sich die Verschränkung von Innen- und Außenpolitik schon zuvor deutlich in der „Rheinkrise“ von 1840 gezeigt⁴². Auslöser war die Zuspitzung der Krise im Vorderen Orient gewesen, der Spannungen zwischen den europäischen Mächten um die Zukunft des Osmanischen Reiches. Der Gouverneur und Vizekönig von Ägypten, Muhammad Ali Pascha, versuchte seit Beginn der 1830er-Jahre, sich mit militärischen Mitteln von der osmanischen Regierung in Istanbul, der er formal unterstand, unabhängig zu machen. Dabei wurde er von Frankreich unterstützt, während England, Russland, Österreich und Preußen für den Fortbestand des Osmanischen Reichs plädierten und den französischen Einfluss in Ägypten und der Levante zurückzudrängen suchten. Dahinter ging es unter anderem um die Kontrolle der Verkehrswege nach

42 MARCOWITZ 2001 [304]; PYTA 2009 [346]; SCHULZ [349].

Indien, die Frankreich Großbritannien streitig machte. Der Konflikt zwischen dem Pascha von Ägypten und der osmanischen Pforte war 1839 wieder aufgeflammt und hatte sich zum Krieg ausgeweitet. Als sich die vier Mächte, in Fortführung der Quadrupelallianz von 1814/15, im Londoner Vertrag vom 15. Juli 1840 unter Ausschluss Frankreichs darauf einigten, Muhammad Ali trotz seiner militärischen Erfolge im ägyptisch-osmanischen Krieg zum Abzug aus den von ihm kontrollierten Gebieten der Levante (Syrien und Palästina), der arabischen Halbinsel (Hedschas) und aus Kreta zu zwingen, reagierte die öffentliche Meinung in Frankreich mit einer nationalpatriotischen Aufwallung. Die Regierung des Premierministers Adolphe Thiers, die schon in den Monaten zuvor verstärkt nationale Töne angeschlagen hatte, hielt an der Unterstützung Muhammad Alis fest, der die Londoner Vereinbarung rundweg ablehnte. In Frankreich wurde der Vertrag parteiübergreifend als ein „Waterloo der französischen Diplomatie“ gesehen⁴³, als eine Neuauflage der Situation von 1815. Frankreich war international isoliert, sah sich gedemütigt und von der Viermächtekoalition bedroht. Viele Publizisten und Politiker in Frankreich forderten nunmehr eine Revision der territorialen Bestimmungen des Wiener Kongresses, mit dem Ziel einer Rückkehr zu „natürlichen Grenzen“, die Sicherheit vor möglichen Aggressionen aus dem Osten bieten würden⁴⁴. Das bedeutete nicht nur eine Verschiebung der Grenze bis an den Rhein und die Annexion der linksrheinischen deutschen Gebiete, sondern auch ganz konkret Krieg gegen die Siegermächte von 1815.

Damit war Anlass für die deutsch-französische Kontroverse gegeben, die als „Rheinkrise“ in die Literatur eingegangen ist⁴⁵. Insofern an ihr weite Kreise der Öffentlichkeit teilnahmen, ist sie auch eines der ersten großen transnationalen Medienereignisse. Die französischen Forderungen nach einer Wiederherstellung der Rheingrenze fanden in Deutschland ein enormes Echo, zumal sich das Ganze in einem aufgeheizten Klima abspielte, mit Kriegsdrohungen. Viele waren von dem unmittelbar bevorstehenden Ausbruch eines neuen Kriegs überzeugt. Im Hintergrund wurden in Frankreich die Erinnerungen an die Revolution, den Kampf der Republik gegen die konservativen Mächte Europas und vor allem an die Ära Napoleons mobilisiert, dessen Gebeine der Premierminister Adolphe Thiers gerade im Mai 1840 aus Sankt Helena hatte zurückholen lassen. Parallel dazu entzündete sich in Deutschland erneut das Nationalgefühl, im Rekurs auf die in den napoleonischen Kriegen gesammelte Idee der nationalen Erhebung gegen Frankreich. Durch die Presse, die nunmehr über schnellere Informationskanäle verfügte⁴⁶, sowie durch Flugschriften wurde ein breiteres Publikum einbezogen und eine

43 FIGEAC 2018 [248]. Die Formulierung wird Alphonse de Lamartine zugeschrieben (DUVERGIER DE HAURANNE 1841 [53]).

44 Vgl. etwa QUINET 1840 [119].

45 GRUNER 1990 [295].

46 Vgl. Kapitel „Presse- und Nachrichtenwesen, Buchhandel und Verlagswesen“.

spontane emotionale Reaktion verstärkt, die sich unmittelbar Ausdruck verschaffen wollte. In Paris sangen republikanische Arbeiter auf der Straße die Marseillaise.

Auf der deutschen Seite ist hier das von Nikolaus Becker verfasste und am 18. September 1840 in einer Tageszeitung veröffentlichte „Rheinlied“ zu erwähnen, das mit den Versen „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ anhob. Das Gedicht wurde sofort vielfach nachgedruckt und verbreitete sich rasch, wurde vertont und gesungen. Georg Herwegh schrieb im Oktober 1840 sein „Rheinweinlied“, in dem es heißt „Frisch in die Schlacht hinein! / Hinein für unsern Rhein, / Der Rhein soll deutsch verbleiben“. Im November legte Max Schneckenburger mit seinem Gedicht „Die Wacht am Rhein“ nach, das dann 1870 zu einer Art Schlachtgesang der deutschen Soldaten im Deutsch-Französischen Krieg wurde. In Frankreich wiederum reagierte man auf Beckers Rheinlied, das als deutsche Nationalhymne oder „schlechte“ deutsche Marseillaise bezeichnet wurde. Alfred de Musset antwortete direkt mit seinem Gedicht „Le Rhin allemand“, Alphonse de Lamartine mit seiner „Marseillaise de la paix“, beide vom Juni 1841. Auffällig ist die unmittelbare Übertragung der Emotionen durch die lokal stattfindenden Bankette, die Medien und die vielfachen Nachdrucke. In Deutschland fiel dies zusammen mit dem Wiederaufleben der politischen Lyrik, die das Jahrzehnt des Vormärz bestimmte. Die Kurzfristigkeit der Emotionen bedingte aber auch, dass die Rheinkrise selbst relativ schnell verebbte. Nach dem Rücktritt von Thiers und der Ernennung des außenpolitisch gemäßigt agierenden Ministeriums Guizot beruhigte sich die öffentliche Meinung in Frankreich. Eine bleibende Folge allerdings war die umfassende, von Thiers noch beschlossene und von 1841 bis 1844 erbaute Befestigung von Paris, welche die Topografie der Stadt und ihrer Umgebung bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts prägen sollte. Auch in Deutschland sank das Fieber schnell und die Aufregung verpuffte. Doch die Verknüpfung der Erfahrungen von 1813/14 und 1840 blieb bestehen und konnte dann 1870 erfolgreich reaktiviert werden⁴⁷.

Dieser Erfahrungszusammenhang floss auch in die ungemein komplexe Frage der deutschen Einigung zwischen 1850 und 1870 ein, die hier nicht im Detail entrollt werden kann⁴⁸. Nur einige wichtige Punkte seien festgehalten, die das deutsch-französische Verhältnis betreffen. Auch in den deutschen Staaten setzte um 1860, parallel zur Entwicklung in Frankreich, eine innenpolitische Ära der Liberalisierung ein. Eine Reihe von 1848/49er-Revolutionären, darunter Richard Wagner und Ludwig Bamberger, wurden amnestiert. In Preußen leistete Wilhelm I. nach der Abdankung Friedrich Wilhelms IV. als erster König einen Eid auf die Verfassung. Er bestellte ein liberal-konservatives Ministerium, dem auch ehemalige 1848er angehörten und das eine Politik des Ausgleichs betrieb. In Bayern wurde eine liberale Mehrheit in die Kammer gewählt, in Baden eine konsequent

47 Vgl. JEISMANN 1992 [522].

48 Vgl. unter anderem LANGEWIESCHE 2020 [206]; SIEMANN 1995 [220]; BLACKBOURN 1997 [188]; LINGER 2003 [369].

moderate liberale Politik verfolgt. Auch Österreich bestellte nach dem Zusammenbruch des Neoabsolutismus im Gefolge der Niederlage in Italien mit Schmerling ein liberales Ministerium und schlug eine mehr zentralistische Verfassungspolitik ein, die freilich zuletzt an dem Widerstand der föderalistischen Ungarn sowie der Tschechen und Polen scheiterte. In Deutschland bekamen die nationale und liberale Bewegung – man denke an die Ausstrahlung der Schiller-Feiern 1859 zum 100. Geburtstag des zum „Nationaldichter“ erhobenen Schriftstellers – neuen Wind unter die Flügel⁴⁹. Man setzte auf eine evolutionäre Dynamik, die sich mittelfristig als erfolgreich erweisen würde.

Zentrales Problem blieb, sowohl nach innen als auch nach außen, die Lösung der „deutschen Frage“. Seit 1849 hatte Preußen, zuletzt unter der Regie Bismarcks, gezielt den Ausbau seiner Position betrieben, gestützt auf seine Rolle im Zollverein, von dem auch die süddeutschen Staaten abhingen, seine wachsende Wirtschaftskraft und seine technisch aufgerüstete Armee, die im Krieg gegen Dänemark ihre Überlegenheit gezeigt hatte. Österreich hingegen, durch zerrüttete Staatsfinanzen und die Niederlage in Italien geschwächt, musste seine deutschlandpolitischen Ambitionen herunterschrauben. Es beschränkte demzufolge sein Ziel auf eine begrenzte Reform des Deutschen Bundes, in der es seine führende Präsidialfunktion zu sichern suchte, stieß dabei aber auf den Widerstand Preußens, das sich als gleichberechtigte Führungsmacht nicht unterzuordnen bereit war. In der Öffentlichkeit, unter Publizisten und Akademikern, tobte der Kampf zwischen Vertretern einer großdeutschen und einer kleindeutschen Lösung, der auch schon die Diskussion im Frankfurter Parlament 1848/49 geprägt hatte. Die Sympathien für einen großdeutschen Nationalstaat waren nach wie vor in der Mehrheit, vor allem in den süd- und mitteldeutschen Staaten mit ihren großen katholischen Bevölkerungsteilen. Aber das Vielvölkerreich Österreich war zu sehr mit den eigenen Nationalitätenproblemen beschäftigt, um diese Lösung umzusetzen, abgesehen davon, dass sie auch gar nicht im eigenen Staatsinteresse lag. Demgegenüber hatte die preußisch-kleindeutsche Option größere Realisierungschancen, aber sie hatte sich mit dem in Bayern und Württemberg sowie in Sachsen und Hannover tief eingewurzelten Antiborussianismus auseinanderzusetzen. Zudem war Preußen mit dem Makel eines autoritären Obrigkeits- und Fürstenstaats behaftet, der schlecht mit der Idee eines freiheitlichen Bürgerstaats harmonierte. Hinzu kam, dass Bismarck seit seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten 1862 einen scharf antiliberalen Kurs eingeschlagen hatte und über Preußen hinaus als erkonservativer Reaktionär verschrien war. Gesellschaftspolitisch hatten sich die Kleindeutschen im 1859 gegründeten, protestantisch dominierten Deutschen Nationalverein organisiert, der 1862 über 25 000 Mitglieder zählte, danach aber an Einfluss verlor. Die großdeutschen Liberalen hatten in Wien 1862 den Deutschen Reformverein gegründet, mit dem an die Tradition der Paulskirche, der Frankfurter Nationalversammlung

49 Stellvertretend für zahlreiche Publikationen NOLTHENIUS 1984 [964].

angeknüpft wurde und der eine Parlamentarisierung des Deutschen Bundes anstrebte. Sicher war indessen, dass, wenn es denn eine Lösung geben sollte, sie nicht von unten, durch eine Volksbewegung, erreicht werden, sondern nur durch eine Vereinbarung der beteiligten Staaten zustande kommen könnte. Die Initiative lag deshalb vor allem bei Preußen.

Innenpolitisch hatte sich, während der 1860er-Jahre, mit kleinen zeitlichen Verschiebungen, sowohl in Preußen und Österreich als auch in Frankreich eine liberale Ära eingeleitet. Den außenpolitischen Anstoß hatte wohl der Krimkrieg und die durch sein Ergebnis abgesenkte Wirkung des Zarenreichs gegeben, das nun seinerseits liberale Reformen einleiten musste. Der nachlassende Druck auf die liberalen Bewegungen in Europa schuf Raum für neue Bewegungsfreiheit⁵⁰. Dazu kamen der gesamteuropäische ökonomische Aufschwung sowie der Umstand, dass sich die konservativen Regierungen mit Schwarzenberg in Österreich, Manteuffel in Berlin verbrannt hatten. In Paris waren die Dinge ebenfalls in Bewegung geraten. Die Parteigänger des „Empire autoritaire“, die Legitimisten und die klerikalen Kreise verloren an Einfluss, und Napoleons III. cäsaristischer Balanceakt brauchte nunmehr die Unterstützung liberaler Kreise. Die neue Verfassung von 1862, die dem Parlament zusätzliche Rechte zusicherte, besiegelte den Übergang ins „Empire libéral“, der sich in mehreren Stufen vollzog⁵¹. Auf der deutschen Seite konnten die Liberalen in den Wahlen in Berlin, Wien und den süddeutschen Staaten ihre Positionen stärken, wo sie überall große Mehrheiten errangen. Ein „liberaler Wind“ wehte in ganz Europa, dessen öffentliche Meinungen, vorzüglich in Deutschland, zudem an der Entstehung eines neuen Nationalstaats in Italien, in Form einer konstitutionellen Monarchie, lebhaften Anteil nahmen.

In Preußen hatte die Liberalisierung schon Ende der 1850er-Jahre mit dem Wahlsieg der Liberalen und der Abdankung Friedrich Wilhelms IV. eingesetzt. Allerdings kam es alsbald zum Konflikt zwischen Parlament und Regierung um die Heeresreform, der sich zum Verfassungskonflikt auswuchs und über Jahre hinzog. Die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten 1862, der mittels königlicher Ordonanzen gegen das Parlament regierte, verschärfte die Lage, ohne die liberale Bewegung entscheidend schwächen zu können. Vor seiner Ernennung war Bismarck für kurze Zeit preußischer Gesandter in Paris gewesen, wo er sich mit den politischen Strukturen und den internen Funktionsweisen des Second Empire sowie mit den Eigenheiten des politischen Führungspersonals in Frankreich vertraut machen konnte, ein Umstand, der ihm bei der Bewertung der Situation 1866 während des Preußisch-Österreichischen Kriegs und 1870 vor dem Ausbruch des Kriegs mit Frankreich zugutekommen sollte⁵². In Österreich brach der

50 NIPPERDEY 1983 [212], S. 715–732.

51 ANCEAU 2017 [232]; YON 2012 [278]; DELUERMOZ 2012 [644].

52 LAPPENKÜPER 2019 [299] S. 235–240 sowie allgemein LAPPENKÜPER 2019 [300].

Neoabsolutismus des Ministeriums Bachs⁵³ 1859 nach der Niederlage im italienischen Krieg gegen Piemont zusammen. Neuer faktischer Regierungschef wurde Anton von Schmerling, ein ehemaliger 1848er, der mit Rückendeckung des liberalen Habsburger Erzherzogs Rainer eine Reihe von politischen Reformen durchführte und 1860/61 eine den Bedingungen des Vielvölkerstaats angepasste Verfassung durchsetzte, das sogenannte „Oktoberdiplom“, gefolgt von dem „Februarpatent“. Allerdings waren beide Verfassungsordnungen, die erste mehr föderalistisch, die zweite mehr zentralistisch getönt, kaiserliche Erlasse und wurden nie von einer Volksvertretung bestätigt.

Liberalisierung und nationale Frage

Freilich steuerte Bismarck nicht zielgerichtet auf einen bewaffneten Konflikt mit Österreich zu. Er beharrte lediglich auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, suchte das Habsburgerreich zu isolieren und hielt sich alle taktischen Optionen offen. Nach und nach gelang es ihm, einen Teil der preußischen Liberalen davon zu überzeugen, dass sein Kooperationsangebot ernst gemeint war, wenn sie denn nur bereit seien, die Einheit vorläufig über die Freiheit zu stellen. Der Konflikt mit Österreich spitzte sich anlässlich der Schleswig-Holsteinischen Frage 1866 zu. Nach dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864, der formal als Krieg zwischen dem Deutschen Bund und dem Königreich Dänemark geführt wurde, hatte der dänische König Christian IX. auf die nominelle Oberherrschaft über die Fürstentümer Schleswig und Hollstein verzichten müssen. Auf deren Territorium wurde im Frieden von Wien (1864) und im Abkommen von Bad Gastein (1865) ein österreichisch-preußisches Kondominium installiert, demzufolge Preußen Schleswig und Österreich Holstein verwaltete. Doch die Interessen der beiden Großmächte kollidierten zusehends. Preußen strebte eine Annexion an, Österreich dagegen unterstützte Friedrich VIII., den Repräsentanten einer Nebenlinie des Hauses Schleswig-Holstein, in seinem Bestreben, ein liberales Fürstentum Schleswig-Holstein zu errichten und als Mitgliedstaat in den Deutschen Bund einzugliedern. Als der österreichische Statthalter von Holstein den dortigen Landtag einberief, um über Friedrichs Vorschläge zu beraten, sah Preußen dies als Bruch der Abkommen an und ließ Truppen einmarschieren, die das Land besetzten. Österreich reagierte, indem es beim Bundestag eine militärische Bundesexekution gegen Preußen beantragte und auch mehrheitlich durchsetzte. Damit war der *casus belli* gegeben. Preußen erklärte den Deutschen Bund für aufgelöst, es kam zum Deutsch-Deutschen Krieg. Auf der einen Seite Österreich mit Hannover, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, dem Kurfürstentum und dem Großherzogtum Hessen, der Stadt Frankfurt und einer Reihe von kleineren Staaten, die alle zusammen im Namen des Deutschen Bundes auftraten, auf der anderen Seite Preußen mit

53 Vgl. oben S. 41.

Braunschweig, Mecklenburg, den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck und einigen sächsischen Herzogtümern. Italien, das mit Preußen ein geheimes Bündnis geschlossen hatte, eröffnete eine zweite Front gegen Österreich in Italien, mit dem Ziel, die Provinz Venetien und auch Istrien zu gewinnen.

Der Deutsch-Deutsche „Bruderkrieg“, in dem die preußische Armee innerhalb von zwei Wochen die Oberhand gewann und in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 einen entscheidenden Sieg davontrug, wurde von vielen Deutschen für eine nationale Katastrophe gehalten. Aber auch die meisten regierenden Fürsten des Deutschen Bundes hatten große Bedenken, der Fürstensolidarität zuwiderzuhandeln. Zumindest brachte der Krieg realpolitisch eine erste Klärung der „deutschen Frage“ beziehungsweise der Frage der Vormachtstellung zwischen Preußen und Österreich. Die großpreußisch-kleindeutsche Variante setzte sich durch, Österreich schied aus der engeren Deutschlandpolitik aus. Preußen gründete im Jahr darauf den Norddeutschen Bund, in dem alle deutschen Staaten nördlich der Mainlinie zusammengefasst wurden. Die mit Österreich verbündeten Nordstaaten Hannover und Kurhessen – mit der Ausnahme Sachsens, das beim preußischen Einmarsch keinen Widerstand geleistet hatte –, Nassau, die Stadt Frankfurt und Schleswig-Holstein wurden von Preußen annektiert. Die Verbündeten Preußens blieben dagegen als selbstständige Staaten erhalten. Die im Wesentlichen von Bismarck entworfene Bundesverfassung zeigte stärkere bundesstaatliche Züge. Der König von Preußen übernahm die Präsidentschaft des Bundes, Bismarck den Vorsitz des Bundesrats, in dem die Mitgliedsstaaten durch Bevollmächtigte vertreten waren und der legislative Befugnisse besaß. Bismarck wurde Bundeskanzler und blieb zugleich preußischer Ministerpräsident. Preußen begnügte sich, obwohl 80 % der Bevölkerung auf seinem Territorium lebten, mit 17 von 42 Stimmen, behielt sich aber ein Vetorecht vor. Das eigentlich Neue am Norddeutschen Bund war das Reichstag genannte Gesamtparlament, das nach allgemeinem (männlichen) Wahlrecht konstituiert wurde. Dort bildete sich eine Mehrheit bestehend aus Nationalliberalen einerseits – sie hatten sich von der Fortschrittspartei, der Partei der Liberalen, abgespalten – und Neukonservativen andererseits – die sich ihrerseits von den Konservativen getrennt hatten –, eine Mehrheit, auf die sich Bismarck in der Folge stützen konnte.

Die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, obwohl im Lager der Verlierer, blieben selbstständig. Mit dem Norddeutschen Bund, dem Ausscheiden Österreichs und dem Fortbestand einer mittelstarken süddeutschen Staatengruppe war eine völlige Neuordnung Deutschlands eingeleitet. Bismarck hatte einen Verständigungsfrieden durchgesetzt, der Österreich keine Territorialverluste, außer Venetien, zumutete und die eher antiborussisch eingestellten Süddeutschen schonte, ihm dafür freie Hand bei der Reorganisation Norddeutschlands ließ, die er mit zahlreichen Reformen zur Wirtschafts- und Sozialverfassung sowie zur Verwaltungsstruktur und Rechtsordnung vorantrieb⁵⁴.

54 Vgl. MÜLLER 2018 [536]; KAERNBACH 1991 [197]; WINKLER 2000 [229], S. 177–201.

In Österreich kam es 1867, nach dem sogenannten Ausgleich, zu einer neuen Verfassungskonstruktion in Form der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie, mit der das alte Kaisertum Österreich abgelöst und die Beziehungen mit Ungarn und den jeweiligen Kronländern neu geregelt wurden.

Französische Positionierungen

Und Frankreich? Napoleon III. hatte nicht mit dem raschen Sieg Preußens gerechnet. Er hatte einen langen Krieg erwartet, an dessen Ende er als Schiedsrichter eingreifen könnte. Offiziell neutral, unterstützte er Italien gegen Österreich, hoffte aber auf territoriale Zugeständnisse im Osten, in Luxemburg, in der Pfalz oder an der Saar, als Ausgleich dafür, dass Frankreich als europäische Hegemonialmacht nicht in Deutschland intervenierte. Der schnelle Friedensschluss noch im Sommer/Herbst 1866 ließ ihm kaum Möglichkeit, in die Neuordnung der Verhältnisse einzugreifen. Er musste sich mit der Gründung des Norddeutschen Bunds abfinden und mochte den Fortbestand der süddeutschen Staaten als Teilerfolg verbuchen. Doch die französische Öffentlichkeit interpretierte die österreichische Niederlage und den Machtzuwachs Preußens als Demütigung und rief nach „Rache für Sadowa“, so die französische Bezeichnung für die Schlacht bei Königgrätz⁵⁵, ein Thema, das sich durch die ganze Presse bis 1870 zieht. Napoleons Kritiker Adolphe Thiers hielt den Durchbruch Preußens in Deutschland für ein „ungeheures Ereignis, das größte, das sich in Europa seit mehreren Jahrhunderten abgespielt“ habe, weil der Partikularismus der deutschen Staatenwelt und die damit verbundene defensive Grundhaltung ein Ende gefunden hätten und Raum für eine offensive preußisch-deutsche Politik in Europa und besonders an der französischen Ostgrenze geschaffen worden sei⁵⁶. Er argumentierte mit einer gewissen Logik, dass Napoleons Politik der „nationalités“, der Unterstützung der Nationalbewegungen in Italien, Polen und auf dem Balkan, eine Pandorabüchse geöffnet habe, die Frankreichs Machtposition gefährden müsse, vor allem, wenn alle Deutschen, inklusive der deutschen Österreicher, in einem Nationalstaat zusammengefasst würden. In der Tat war Napoleons Kombination von europäischer Hegemonialpolitik und aktiver Sympathie für nationale Selbstbestimmungsbewegungen voller Widersprüche, wie sich nicht nur am Beispiel Deutschlands zeigte. Deutlich war dies ebenso an seiner Haltung zur deutsch-dänischen Frage 1864 und an der sogenannten *expédition de Rome*, der Eroberung und Besetzung des republikanischen Rom 1849, die, bei Wiedereinsetzung des Papstes, bis 1870 dauerte und zum Konflikt mit der italienischen Nationalbewegung führte. Nationalitätenprinzip und bonapartistisches

55 BÉRANGER 1995 [285].

56 THIERS 1882 [132], Bd. 12, S. 618 (Rede in der Nationalversammlung vom 30.6.1870).

Hegemonialdenken, das den Wunsch nach territorialer Kompensation einschloss, standen in einem Spannungsverhältnis.

Insgesamt war in Frankreich die Haltung zur Frage der deutschen Einheit durchaus nicht einhellig. Dass man als Verfechter des allgemein anerkannten Nationalitätenprinzips – so die offizielle Doktrin des Second Empire – die Entwicklung in Richtung eines wie auch immer gearteten nationalstaatlichen Gebildes in Deutschland schwerlich verhindern könne, galt weithin als ausgemacht. Doch wie dies genauer auszusehen habe, war nicht klar. Die katholische Rechte plädierte für eine föderale Lösung unter österreichischer Führung, die Liberalen und Republikaner dagegen sahen ein modernes Preußen als hauptsächlichen Akteur der künftigen Entwicklung, zumal sie an eine Fortentwicklung der dortigen liberalen Bewegung glaubten⁵⁷. Diese Einschätzung änderte sich dann bei vielen Liberalen mit „Sadowa“ und dem preußisch-österreichischen Krieg, durch den die militaristischen, obrigkeitsstaatlichen Komponenten in ihrem Preußenbild in den Vordergrund rückten. Alles in allem blieben die Vorstellungen von Deutschland, welche die politische Elite Frankreichs zu dieser Zeit hatte, bemerkenswert unscharf⁵⁸.

Die genannten Entwicklungen weisen wiederum auf die europäische Dimension des deutsch-französischen Verhältnisses und der „deutschen Frage“ hin. Ohne die Neutralität Englands, Frankreichs und Russlands wäre es 1866 nicht zur bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich um die politische Vorherrschaft in Deutschland und zum Norddeutschen Bund gekommen. Diese Neutralität hatte in den betreffenden Ländern verschiedene Motive. Vereinfacht in geopolitischen Kategorien formuliert: England sah es nicht ungern, dass ein mögliches Gegengewicht gegen den französischen Aktionismus entstand. Russland, eher mit Preußen verbunden, kam die Schwächung Österreichs nicht ungelegen, da Wien sich einer Reaktivierung der russischen Schwarzmeerpoltik widersetzte. Und Frankreich hoffte, wie gesagt, als Schiedsrichter weiter in den deutschen Angelegenheiten in seinem eigenen Sinne mitzumischen und versuchte immer wieder, als Gegenleistung für seine neutrale Haltung eine territoriale „Kompensation“ an der Ostgrenze, in Luxemburg, dem Saargebiet und der Pfalz oder auch in Belgien, ins Spiel zu bringen. Insgesamt aber war klar, dass die europäische Koalition, die noch 1852 im Londoner Protokoll die Dänisch-Schleswig-Holsteinische Frage international geregelt hatte, spätestens seit dem Krimkrieg aufgebrochen war. Das 1815 in Wien gebaute Mächtesystem war 1866 am Ende, und einer der wichtigsten Akteure dieser Veränderung war eben Napoleon III., der ganz bonapartistisch an einer Revision des alten Systems arbeitete und eine neue, stärker nationalstaatlich organisierte Ordnung Europas im Blick hatte. Damit ergaben sich neue

57 POIDEVIN, BARIÉTY 1982 [309]; CASE 1954 [243]; ALBERTINI 1955 [279]; BRULEY 2015 [289].

58 ARMENGAUD 1962 [280]; ALBERTINI 1955 [279].

Handlungsmöglichkeiten insbesondere für Preußen, wie Thiers und Bismarck, unter anderen, richtig analysierten. Die Tür zum preußisch-französischen Krieg war aufgestoßen.

Der (un-)vermeidliche Weg in den Krieg

Die Forschung ist sich bis heute nicht darüber einig, ob Bismarck gezielt auf diesen Krieg hingesteuert oder ihn nur als einen von mehreren möglichen Wegen gesehen hat, um das Ziel einer deutschen Einigung unter preußischer Führung zu erreichen⁵⁹. Mit anderen Worten: ob er Napoleon III. und der französischen Regierung mit der Emser Depesche bewusst eine Falle gestellt hat, die zwangsläufig auf eine französische Kriegserklärung hinauslaufen sollte, die Voraussetzung dafür, dass sich die süddeutschen Staaten wegen des „Schutz- und Trutzbündnisses“ mit dem Norddeutschen Bund solidarisieren müssten. Aber Bismarck war zu sehr Realpolitiker, um alles auf eine Karte zu setzen. Er konnte warten, bis sich die süddeutschen Staaten auch aus anderen Gründen als dem einer politischen Bedrohung von außen dem Norddeutschen Bund annähern würden: etwa wegen der immer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtungen und der wachsenden Attraktivität einer liberal reformierten Gesellschaft. In Baden bestand dafür schon ab 1868 eine Mehrheit. Zudem war eher davon auszugehen, dass die Friedenspartei in Paris, die einen Teil der liberalen Bonapartisten und der Orleanisten, d.h. der ehemaligen Anhänger der Julimonarchie umfasste, die Oberhand behielt. Noch am 30. Juni 1870 erklärte der Justiz- und de facto Premierminister Émile Ollivier in der Gesetzgebenden Versammlung, dass „zu keiner Zeit die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa sicherer gewesen“⁶⁰ sei als gerade jetzt. Auch Napoleon III. selbst, wie auf der anderen Seite Wilhelm I., war eher gegen einen Krieg, auch wenn er ihn immer einkalkuliert hatte. Erst die bruske Intervention des gerade zwei Monate zuvor ernannten Außenministers und früheren Gesandten in Wien Antoine Duc de Gramont, der direkt mit dem Kaiser verhandelte, stürzte die Entwicklung endgültig in die Krise, nachdem der Verzicht der Hohenzollern auf die spanische Krone die Lage erst einmal kurzfristig entspannt hatte. Gramont beauftragte den französischen Botschafter in Preußen Vincent Graf von Benedetti, von Wilhelm I. über den Verzicht hinaus eine Garantieerklärung zu erhalten, dass er auch in Zukunft niemals wieder eine Hohenzollernkandidatur auf den spanischen Thron unterstützen werde. Mit der nach der Ablehnung dieser Forderung durch den König veröffentlichten sogenannten Emser Depesche ging Bismarck bewusst das Risiko

59 KOLB 1970 [298]; NIPPERDEY 1992 [214], S. 56–62; WEHLER 1995 [228], S. 316–322; GALL 1980 [191]; BECKER 1971 [284]; STÜRMER 1983 [222]; ROTH 2003 [315]; MILZA 2009 [264]; WETZEL 2008 [320]; WETZEL 2012 [321].

60 OLLIVIER 1875 [107], S. 350.

ein, Napoleon III. und die öffentliche Meinung in Frankreich zu provozieren und eine Kriegserklärung auszulösen. Der Effekt wurde durch einen Übersetzungsfehler der Agentur Havas verstärkt, welche den deutschen „Adjutanten“, hier der General Anton Wilhelm Fürst Radziwill, der dem französischen Botschafter die Nachricht überbringen ließ, dass der König ihn nicht weiter empfangen wolle, nicht mit „aide du camp“, sondern mit „adjutant“ übersetzte, ein Titel, der in Frankreich einen Unteroffizier bezeichnet. Ein solcher hätte dem Rang nach einem Botschafter keine Nachricht zukommen lassen dürfen⁶¹. Doch auch ohne dies war sich Bismarck insgesamt darüber im Klaren gewesen, dass die französische Reaktion auf die Depesche nicht unbedingt, aber doch wahrscheinlich zum Krieg führen würde. Der leitende Minister Ollivier war unter dem Druck der aufgeheizten Presse und großer Teile des Hofes, insbesondere der Kaiserin Eugénie, zum Befürworter der militärischen Auseinandersetzung geworden. Auch im Parlament war die Kriegspartei übermächtig. Das Kriegsbudget wurde am 15. Juli mit 245 gegen 10 Stimmen angenommen. Selbst die Republikaner um Léon Gambetta und Jules Ferry stimmten für den Krieg. Nur einige Orleanisten um Adolphe Thiers stemmten sich dagegen. Aber die in Gang gesetzte Kriegsdynamik war nur noch schwer abzubremesen⁶². Damit hatte Bismarck wohl gerechnet und sich bei Moltke vergewissert, dass die Armee in kürzester Zeit mobilisierbar war. Aber der entscheidende Schritt musste zunächst von der französischen Seite ausgehen. War sie dazu von außen gezwungen, manipuliert, oder hat sie sich selber unter Zugzwang gesetzt? In den Wochen zwischen April und Juli 1870 ist man auf beiden Seiten bewusst das Risiko eines Krieges eingegangen. Zugleich war es für die einen wie die anderen, und vielleicht noch mehr für Frankreich als für Preußen, auch innenpolitisch von geradezu vitalem Interesse, eine diplomatische Niederlage und den damit einhergehenden Prestigeverlust zu vermeiden. Doch weder Bismarck noch die bonapartistischen „Falken“, die Kriegsbefürworter, hatten einen Masterplan, der notwendig auf einen Waffengang hinauslief. Erst die überzogenen Forderungen Gramonts, die Bismarck keineswegs voraussehen konnte, gaben dem Kanzler die Möglichkeit zu dem Manöver der Emser Depesche, mit der er die Lage in Frankreich zuspitzte und die dortige Führung zu einer Entscheidung drängte⁶³.

Wie auch immer die Verantwortlichkeiten verteilt gewesen sein mögen, Napoleon III. ließ sich de facto, auch unter dem Druck der französischen Öffentlichkeit, zum Krieg provozieren. Die französische Kriegserklärung an Preußen vom 19. Juli 1870 schuf die Bismarck nicht unwillkommene Situation, dass sich die süddeutschen, in ihrer öffentlichen Meinung mehrheitlich antipreußischen Staaten, nunmehr den vertraglichen Vereinbarungen von 1866 folgend an die Seite des Norddeutschen Bundes stellen mussten, um das „Vaterland“ gegen den „Aggressor“

61 ROTH 2003 [315].

62 LENTZ 2018 [302].

63 NIPPERDEY 1992 [214], S. 55–63; GALL 1980 [191]; CLARK 2006 [190], S. 620–629.

zu verteidigen. Sollte die französische Regierung je auf die Neutralität oder gar das Wohlwollen des von ihr so genannten „Südbundes“ oder auch auf die aktive Unterstützung Österreichs gesetzt haben, so wurde sie gründlich enttäuscht. Auch Italien, das von Gramont zusammen mit Österreich in ein antipreußisches Bündnis hatte hineingezogen werden sollen, blieb außerhalb. So wurde der auf französischer Seite nach wie vor als „französisch-preußischer Krieg“ (*guerre franco-prussienne*) bezeichnete Konflikt zum Deutsch-Französischen Krieg, der Kabinettskrieg hatte sich zum Nationalkrieg gewandelt. Diese Wendung wurde in Frankreich in der zweiten Phase des Kriegs, nach der Schlacht von Sedan, mit der Ausrufung einer republikanischen Regierung der „nationalen Verteidigung“ durch Gambetta und in Deutschland mit der Forderung einer Annexion des Elsass und Teile Lothringens im Sinne eines „deutschen“ Verständnisses von Nation sowie mit der Proklamation des Deutschen Kaiserreichs im Versailler Spiegelsaal am 18. Januar 1871 manifest⁶⁴.

Nunmehr hatte sich die 1814 in Wien beschlossene und 1848/49, trotz einiger Modifikationen, bestätigte europäische Ordnung grundlegend verändert. Preußen, der Juniorpartner im Fünfmächtesystem, war in eine mindestens gleichberechtigte Stellung aufgestiegen, Italien hatte sich national geeinigt, und in Deutschland stand dies ebenso kurz bevor. Der Liberalismus hatte überall entscheidende Positionen er kämpft, selbst das zaristische Russland blieb davon nicht unberührt. Damit war das alte Staatenprinzip der monarchisch-fürstlichen Souveränität politisch und rechtlich ausgehöhlt. Die Nationalbewegungen in Italien, Deutschland, Polen, Böhmen und auf dem Balkan hatten sich zum großen Teil mit den liberalen Strömungen verbündet. Presse und öffentliche Meinung waren zu unumgänglichen Faktoren der politischen Entwicklung geworden, zumal die Verbesserung der Nachrichtenübermittlungstechniken den Informationsfluss beschleunigte. Das Entstehen der politischen Parteien brachte eine neue Struktur in die Meinungsbildungsprozesse und in das parlamentarische Leben. Die säkularen Nationalbewegungen waren ein Teil dieses Wandels. Sie haben ihn teils mitgetragen, teils von ihm profitiert.

Die politische Konstellation zwischen Frankreich und Deutschland hat sich während dieses Zeitraums ebenfalls grundlegend gewandelt. Anstelle des Deutschen Bundes als einer Föderation von im Wesentlichen deutschsprachigen Staaten war 1866 mit dem Norddeutschen Bund ein von Preußen dominiertes Gebilde getreten, das als machtpolitischer Akteur auf der europäischen Bühne auftrat und dem gegenüber die außerhalb gebliebenen dreieinhalb⁶⁵ süddeutschen Staaten nur eine untergeordnete Rolle spielten. Ihre Vereinigung mit dem Bund, auf welche Weise sie auch immer herbeigeführt werden sollte, war nur eine Frage der Zeit. Die damit einhergehende, von Napoleon bekämpfte kleindeutsche Lösung der „deutschen Frage“ besiegelte die außenpolitische Frontstellung gegen Frankreich, die sich dann

64 Hierzu detaillierter KÖNIG, JULIEN 2019 [297], S. 15–26.

65 Bayern, Württemberg, Baden und der südlich des Mains gelegene Teil des Großherzogtums Hessen-Darmstadt.

im Krieg zuspitzen sollte. Aber auch Frankreich hatte sich gegen Ende des Second Empire weit entfernt von den Zuständen der Restauration, der Julimonarchie und der Zweiten Republik. Modernisiert im Inneren, hatte es mit dem Aufbau eines „zweiten“ Kolonialreichs begonnen, in Afrika, Südostasien und im Pazifik. Schon allein wegen der außereuropäischen Schauplätze blieb die politische Beziehung zu Deutschland asymmetrisch, was sich in den ersten beiden Jahrzehnten der Dritten Republik verstärken sollte. Immerhin jedoch wandelte die bevorstehende kleindeutsche Einigung Deutschlands die Beziehungen zwischen beiden Ländern grundlegend. Von Frankreich aus gesehen musste sich der Betrachter auf ein neues „preußisches“ Deutschland einstellen. Die alte Vorstellung des heterogenen Staatenmosaiks war zerbrochen. Von der deutschen Seite aus gesehen war das Frankreichsbild um 1870 gespalten. Für die Liberalen und die Demokraten konnte das Second Empire keine Vorbildfunktion mehr erfüllen, wenngleich die Bildungselite nach wie vor, vor allem kulturell und künstlerisch, einen starken Frankreichbezug pflegte. Für die kleindeutsche Nationalbewegung und einen Großteil der Nationalliberalen hingegen rückte Frankreich funktional in die Position des „äußeren Feinds“, die alte antinapoleonische Ressentiments mit neuen politischen Aktualisierungen auffrischte⁶⁶. Genau dies hat der grundsätzlich am Ausbau der preußischen Hegemonie interessierte Bismarck auszunutzen gewusst.